

RUNDSCHAU

FÜR DEN SCHWÄBISCHEN WALD • DER KOCHERBOTE

LOKALES HEUTE

Was studierst Du – Ungewöhnliche Fächer Seite 14

Der Gaildorfer Samstag – Für jeden etwas Seite 16



Unterrot und die Meisterschaft – eine Bilanz Seite 20

GAILDORF

130 Musiker = 500 Euro

Beim Gaildorfer Samstag haben die Besucher bewiesen, dass ihnen das Schicksal der Menschen in Afrika sehr am Herzen liegt. 130 „Musiker“ traten bei der Puplikumswetter mit den Ulasuga-Guggen auf. Dafür gab es 500 Euro von Manuela Beißwenger. Seite 11



500 Euro für „Gaildorf hilft Afrika“.

RUNDSCHAU-WETTER

Die Woche startet mit bester Sommerlaune und gut zu ertragenden Temperaturen, da dürfte wohl kaum einer etwas zu motzen haben. Und auch wenn es um die Wochenmitte wohl einen kleinen Knick mit ein paar Schauern gibt, geht's danach wohl schnell wieder sonnig weiter. Heute also bestes Wetter für alle, die nicht arbeiten müssen: Viel blauer Himmel, Sonnenschein und erst spätnachmittags ein paar Schleierwolken bei 24 bis 27 Grad. ane

SERVICE

Abo-Service (07971) 9588-11
vertrieb.nkr@swp.de
Privatanzeigen (07971) 9588-0
info.nkr@swp.de
Geschäftsanzeigen (07971) 9588-30
anzeigen.nkr@swp.de
Redaktion (07971) 9588-20
rundschau.redaktion@swp.de
www.rundschau-gaildorf.de

74402 Gaildorf, Postfach 130
E 4233
Nummer 155 / 183. Jahrgang



Frischer Wind beim Bluesfest

Das 23. Gaildorfer Bluesfest ist Geschichte. Neun Bands haben am vergangenen Samstag und Sonntag in der Schenkstadt gespielt, darunter die Sängerin und Gitarristin Ana Popovic mit ihrer „Mo' Better Love Band“. Frischen Wind brachten die „Delta Saints“ (Seiten 18 und 19) Foto: Hahn



US-Lizenz zum Spähen

Nachkriegsabkommen immer noch in Kraft

Die Spähaktionen der USA fanden offenbar auf Basis jahrzehntealter Vereinbarungen statt. Der Umfang wurde aber einvernehmlich verschleiert.

Berlin. Regierung und Opposition sind sich einig: Die Spähaktionen der US-Geheimdienste in Europa müssen offengelegt werden. Vor Beginn der heutigen Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen von EU und den USA fordert die deutsche Politik Garantien der Amerikaner beim Datenschutz.

Wie die „Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung“ berichtete, gab es aber seit 1956 eine vom damaligen Bundeskanzler Konrad Adenauer unterschriebene Zusicherung, dass „jeder Militärbefehlshaber berechtigt ist, im Falle einer unmittelbaren Bedrohung seiner Streitkräfte die angemessenen Schutzmaßnahmen

zu ergreifen“. Auch nach der Wiedervereinigung sei auf dieser Basis das deutsche Gesetz umgangen worden, schreibt das Blatt unter Berufung auf den Freiburger Historiker Josef Foschepoth.

Allerdings hätten auch deutsche Behörden von den US-Abhöraktivitäten profitiert und es sei auch darauf geachtet worden, dass Politiker nicht allzu viele Details kennen, sagte der Enthüller des Skandals, Edward Snowden, laut „Spiegel“ in einem schon vor Wochen geführten Interview. Der US-Geheimdienst NSA stecke „unter einer Decke mit den Deutschen“. Die Zusammenarbeit sei so organisiert worden, dass „Behörden anderer Länder ihr politisches Führungspersonal vor Gegenreaktionen schützen“ konnten.

Kanzlerin Angela Merkel (CDU) bestätigte: „Wir als Deutsche haben viele Informationen bekommen.“ Bei einem CDU-Landesparteitag in

Bad Salzuflen erinnerte sie am Samstag an die Sauerland-Gruppe, deren Terror-Pläne auch dank Hinweisen von US-Behörden rechtzeitig aufgedeckt wurden. „Das berechtigt aber nicht dazu, dass man sich auch noch gegenseitig die Botschaften verwanzt. Und deshalb sage ich, Abhören geht unter Freunden wirklich nicht“, sagte Merkel.

SPD-Fraktionschef Frank-Walter Steinmeier sagte, er erwarte von den USA „vor Aufnahme der Verhandlungen klare und belastbare Zusicherungen, dass es zu keinen neuen Ausspähaktionen kommt“.

Snowden, der sich seit zwei Wochen im Transitbereich eines Moskauer Flughafens aufhalten soll, wurde von Venezuela, Nicaragua und Bolivien Asyl angeboten. Allerdings blieb unklar, wie der 30-jährige unbehelligt nach Lateinamerika weiterreisen könnte. dpa/eb

Kommentar und Brennpunkt

CDU: Hauk setzt sich durch

Brigitte Schäuble verliert Wahl im Bezirk Nordbaden

Sinsheim. Peter Hauk, Vorsitzender der CDU-Landtagsfraktion, führt jetzt auch den Bezirk Nordbaden. Der 52-Jährige setzte sich beim Parteitag in Sinsheim mit 75 Prozent deutlich gegen seine Herausforderin Brigitte Schäuble (60) durch. Die Baubürgermeisterin aus Gaggenau, Witwe des früheren Innenministers

Thomas Schäuble und Schwägerin des CDU-Spitzenkandidaten für die Bundestagswahl, Finanzminister Wolfgang Schäuble, reagierte auf die Niederlage „sehr enttäuscht“. Katrin Schütz von der Frauenunion beklagte, „eine historische Chance“ sei nicht genutzt worden. hgf

Südwestschau

Ägypten sucht Regierungschef

Machtwechsel stockt: Kein Konsens für El-Baradei

Kairo. In Ägypten hat die Bildung einer Übergangsregierung gleich zu Beginn einen schweren Rückschlag erlitten. Interimspräsident Adli Mansur musste die Nominierung von Friedensnobelpreisträger Mohamed El-Baradei für den Posten des Ministerpräsidenten zurückziehen und die Vereidigung absagen.

Quergelegt hatte sich die salafistische Nur-Partei, die sich bei dem Militärputsch dem Lager der Mursi-Gegner angeschlossen hatte. Bei Ausschreitungen nach Massenprotesten gegen die Absetzung von Mohammed Mursi kamen mindestens 36 Menschen ums Leben. geh

Leitartikel und Brennpunkt

SPORT

Vettel siegt daheim

Sebastian Vettel hat erstmals den Großen Preis von Deutschland gewonnen. Der Red-Bull-Fahrer setzte sich auf dem Nürburgring vor Lotus-Pilot Kimi Räikkönen durch. Dritter beim neunten Saisonlauf in der Formel 1 wurde Romain Grosjean, der Teamkollege des Finnen. Mit seinem 30. Karrieresieg baute Vettel mit nun 157 Zählern die WM-Führung aus. Zweiter ist Ferrari-Pilot Fernando Alonso mit 123 Punkten, der in der Eifel Vierter wurde. Auf Rang drei folgt Räikkönen, der 116 Punkte hat.

Murray beglückt die Briten

Tennisprofi Andy Murray hat als erster Brite seit 77 Jahren Wimbledon gewonnen. Der Olympiasieger aus Schottland bezwang im Endspiel den Weltranglistenersten Novak Djokovic (Serbien) deutlich mit 6:4, 7:5, 6:4. Im Vorjahr war Murray an Rekordsieger Roger Federer gescheitert. sid

Grüne wollen investieren

Berlin. Die Grünen wollen im Fall eines Siegs bei der Bundestagswahl binnen vier Jahren 500 000 neue Arbeitsplätze in Deutschland schaffen. „Wahrscheinlich ist deutlich mehr drin“, sagte Bundesgeschäftsführerin Steffi Lemke am Rande eines kleinen Parteitags in Berlin. 50 Milliarden Euro sollten investiert werden in Bildung, Betreuung, Energiewende, Klimaschutz, Straßen, Schienen, Strukturwandel und Netze.

Auf den Wunschpartner SPD und dessen Umfrageschwäche ging auf dem Parteitag kaum ein Redner ein. Der baden-württembergische Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne) warb derweil erneut für einen von der SPD unabhängigen Wahlkampf der Grünen: „Von Koalitionswahlkämpfen halte ich nichts“, sagte er der „Welt“.

Kretschmann ermahnte zudem die eigene Partei, die Bedenken der Wirtschaft gegen die Steuererhöhungspläne ernst zu nehmen: „Da müssen wir aufpassen.“ dpa

KOMMENTAR • DATENAFFÄRE

Das Prinzip der drei Affen

Nichts sehen, nichts hören, nichts sagen – dieses Prinzip der drei Affen scheinen deutsche Politiker seit Jahrzehnten verinnerlicht zu haben, wenn es um den Umgang mit der Datensammelwut der Amerikaner geht. Und zwar völlig unabhängig vom Parteibuch. Ob Konrad Adenauer oder Willy Brandt, schon die ersten Kanzler müssen mehr gewusst haben, als sie öffentlich zugaben. Schließlich wurden Geheimverträge unterschrieben, die die Grundrechte der Bürger aushebelten. Noch heute gelten Vereinbarungen, die Zweifel aufkommen lassen, wie souverän Deutschland überhaupt ist.

Den USA als wichtigstem Verbündeten außerhalb Europas etwas abzuschlagen, ist schwierig. Die Amerikaner kennen offenbar

keine Hemmungen beim Ausspähen, und deutsche Geheimdienste spielen dabei auch noch ergeben die Handlanger.

Es ist der Umgang mit zentralen Freiheitsrechten, der das Ganze so unerträglich für den normalen Bürger macht. Sehenden Auges werden sie behandelt, als sei Deutschland eine Bananenrepublik und die Grundrechte nur schöne Versprechen.

Zudem fragt man sich, wie echt die Empörung vieler Politiker ist über das, was jetzt herauskommt. Zumindest dem Kanzleramt sollte immer klar gewesen sein, was da alles läuft, ob legal oder illegal. Unter Schwarz-Gelb genau so wie unter Rot-Grün. In diesem Fall hätten sich die führenden Köpfe dann verhalten wie die drei Affen.

DIETER KELLER